

NIEDERSCHRIFT

über die **21.** Sitzung
des Kreisausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **11.01.2012**
Ort der Sitzung: Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 16:10 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Frau Irmintrud Berger
4. Herr Karl-Heinz Ehms
5. Herr Reiner Geroneit
6. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
7. Frau Birte Wienands
8. Herr Dr. Christian Will

Vertretung für Herrn Dieter Welsink

Vertretung für Herrn Franz-Josef Radmacher

• SPD-Fraktion

9. Herr Horst Fischer
10. Herr Stephan Ingenhoven
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

• FDP-Fraktion

13. Herr Walter Boestfleisch

14. Herr Dr. Bijan Djir-Sarai MdB

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

15. Herr Erhard Demmer

16. Herr Hans Christian Markert MdL

Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

18. Herr Dezernent Ingolf Graul

19. Herr Günter Hassels

20. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

21. Herr Johannes Nordmann

22. Herr Dezernent Tillmann Lonnes

23. Herr Dezernent Dr. Nicolas March

24. Herr Thilo Zimmermann

• **Schriftführerin**

25. Frau Annika Böhm

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bericht zur Braunkohlenplanung Berichtszeitraum November /Dezember 2011 Vorlage: 61/1559/XV/2011.....	4
2.1.	Regionalarbeit, hier: Regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland im Jahr 2012 Vorlage: 40/1597/XV/2012.....	5
3.	Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum November/Dezember 2011 Vorlage: 61/1560/XV/2011.....	5
4.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: Dezember 2011 Vorlage: ZS5/1565/XV/2011.....	5
5.	SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft.....	6
6.	Verabschiedung einer Resolution zum Thema Rechtsextremismus.....	6
7.	Anträge.....	8
8.	Mitteilungen	8
8.1.	Gesetzliche Regelung des Belastungsausgleichs anlässlich der Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindertagesbetreuungsjahr	8
9.	Anfragen	8
9.1.	Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 08.01.2012 zum Thema "Substitution von Heroinabhängigen mit Ersatzstoffen" Vorlage: IV/1606/XV/2012.....	8
9.2.	Servicecenter Jobcenter	8

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu Top 2 Bericht zur Regionalarbeit	Regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland im Jahr 2012 ☒
Zu Top 6 Verabschiedung einer Resolution zum Thema Rechtsextremismus	Vorlage der der Verwaltung ☒
Zu Top 9 Anfragen	Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/ Die Aktive zum Thema „Substitution von Hero-inabhängigen mit Ersatzstoffen“ vom 08.01.2012 und Antwort der Verwaltung ☒

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bericht zur Braunkohlenplanung Berichtszeitraum November /Dezember 2011 Vorlage: 61/1559/XV/2011

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies auf die Veranstaltung „EnergieDialog Region Köln/Bonn“ am 20.01.2012 hin.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Horst Fischer erklärte er, dass unter „Bandinfrastruktur“ eine Bündelung von Verkehrs- und Versorgungssträngen zu verstehen sei.

KA/20120111/Ö2

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Braunkohlenplanung November/Dezember 2011 zur Kenntnis.

2.1. Regionalarbeit, hier: Regionale Kulturförderung des Landschaftsverbandes Rheinland im Jahr 2012

Vorlage: 40/1597/XV/2012

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich danach, wer die restlichen 16.000 € bei der Ausstellung „Völlerei oder Tanz mit dem Beezebub“ trage. Seine Fraktion werde nicht mittragen, dass dies vom Rhein-Kreis Neuss finanziert werde.

Dezernent Tillmann Lonnes erklärte, dass im Etat des Kulturzentrums Sinsteden auch Veranstaltungen und Ausstellungen eingeplant seien. Man habe aber einen weiteren Antrag bei der Stiftung Kulturpflege der Sparkasse Neuss gestellt.

Auf weitere Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Rainer Thiel, hinsichtlich des Festivals Alte Musik, erläuterte Dezernent Tillmann Lonnes, dass in diesem Jahr keine Mittel zu erwarten seien, da sonst der Eindruck einer Dauerförderung entstehen könnte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel vergewisserte sich, dass es sich bei der Vorlage nur um eine Kenntnisnahme (und nicht um eine Zustimmung) handele.

KA/20120111/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

3. Bericht zur Regionalarbeit Berichtszeitraum November/Dezember 2011 Vorlage: 61/1560/XV/2011

KA/20120111/Ö3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Regionalarbeit November/Dezember 2011 zur Kenntnis.

4. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europa, Stand: Dezember 2011 Vorlage: ZS5/1565/XV/2011

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Dr. Christian Will machte darauf aufmerksam, dass die Arbeitslosenquote weiter erfreulich niedrig im Kreis sei. Die nahezu gleich bleibende Zahl der Langzeitarbeitslosen habe aber erheblichen Einfluss auf den Kreishaushalt. Man habe zwar keinen direkten Einfluss, müsse aber durch die Wirtschaftsförderung etc. versuchen diese Zahl zu verringern.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass die Quote der Arbeitssuchenden kreisweit sehr unterschiedlich sei.

Außerdem zeigte er sich sehr erfreut über die erneute Auszeichnung als fahrradfreund-

licher Kreis.

KA/20120111/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss nahm den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung/Europabüro, Stand Dezember 2011, zur Kenntnis.

5. SGB II - Entwicklung der Kosten der Unterkunft

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass noch keine neuen Zahlen vorlägen.

6. Verabschiedung einer Resolution zum Thema Rechtsextremismus

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der vorgelegte Beschlussvorschlag das Ergebnis der Ältestenratssitzung sei.

1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose erläuterte, dass im letzten Kreistag der Wunsch geäußert worden sei, eine Resolution zum Thema Rechtsextremismus zu verabschieden. Den Vorschlag von Herrn Demmer habe man ergänzt und im Ältestenrat ein Ergebnis erzielt, das von allen mit getragen werde. Das Thema beschäftige den Kreistag schon seit Jahren. Daher habe man auch aus aktuellem Anlass an die Entscheidung aus 2008 angeknüpft. Er dankte allen Beteiligten und bat den Landrat, das Ergebnis publizistisch umzusetzen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer teilte mit, dass man die Resolution gern mittrage. Es handle sich dabei nicht um eine Resolution auf kleinstem gemeinsamem Nenner. Die Resolution sei breit und gut angelegt. Dies sei ein wichtiges Zeichen nach außen und solle die Bürger zu mehr Zivilcourage aufrufen. Das Thema werde auch weiter in der Diskussion bleiben. Insbesondere sollte man sich Gedanken über die Rolle des Verfassungsschutzes machen.

Mit der Resolution wolle man der Bestürzung über die Vorfälle Ausdruck verleihen, so Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel. Es sei nicht hin zu nehmen, dass Opfer verhöhnt werden. Erschreckend sei auch die Beteiligung von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes. Man erwarte, dass die Verfassungsorgane, die Strafverfolgungsorgane und die Gerichte das ganze aufklären und verfolgen. Erfreulich sei die einheitliche Auffassung des Kreistages.

Nach Auffassung von 3. stv. Landrat Dr. Bijan Djir-Sarai sei die Resolution auch ein wichtiges Signal dafür, dass man für demokratische Werte einstehe. Er wies darauf hin, dass oftmals die versteckte Fremdenfeindlichkeit die größere Gefahr sei. Es sei wichtig, Fremdenfeindlichkeit nicht nur zu verurteilen, sondern auch dazu beizutragen, dass sie nicht salonfähig wird.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass sich seine Fraktion der Resolution anschließe. Man habe sich jedoch eine noch stärkere Einbeziehung des Linksextremis-

mus gewünscht.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert zeigte sich erfreut, dass ausdrücklich benannt werde worum es geht (Rechtsextremismus). Rechtsextremismus und Rassismus habe bei uns keinen Platz.

KA/20120111/Ö6

Beschluss:

Die Fraktionen/Gruppen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss beschlossen einstimmig:

Der rechte Extremismus hat erneut seine demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Ziele gezeigt. Schwere Straftaten bis zum Mordverdacht kennzeichnen seinen Weg.

Der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss bekräftigt seine klare Absage an den politischen Extremismus, insbesondere an den rechtsextremistischen Terrorismus.

Bereits in seiner „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rhein-Kreis Neuss“ vom 10. Dezember 2008, die einstimmig beschlossen wurde, hat der Kreistag die Leitziele seines Handelns festgelegt:

das Eintreten für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
die Förderung von sozialem Engagement;
das entschlossene Handeln gegen jegliche Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängender Gewalt;
die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen jede Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive und Linke bekräftigen die im Dezember 2008 gemeinsam vom Kreistag des Rhein-Kreises Neuss verabschiedete „Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und ergänzen sie – aus aktuellem Anlass – durch folgende Resolution:

Erschüttert haben wir zu Kenntnis nehmen müssen, dass rechtsextremistische Verbrecher unbehelligt über Jahre ihre Gräueltaten systematisch ausführen konnten und die Opfer obendrein verhöhnt wurden.

Wir dürfen und werden aus unserer gemeinsamen Geschichtserfahrung als Demokraten nicht zulassen, dass rassistisches Gedankengut und fremdenfeindliche Verbrechen in unserer Gesellschaft widerspruchslos hingenommen werden.

Leider müssen wir aber feststellen, dass Rechtsextremismus kein Randproblem ist, sondern in einigen Teilen unseres Landes auch die Mitte unserer Gesellschaft erreicht hat.

Wir werden entschieden allen Tendenzen und Manifestationen von Intoleranz, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassenhass als Kern einer menschenverachtenden Weltanschauung aktiv entgegenzutreten. Rechtsextremismus und rechtsextremistisches Gedankengut dürfen keinen Platz in einem demokratischen Staat haben.

Wir wollen ein klares Signal setzen und rufen als demokratische Parteien alle Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss auf, sich mit uns gemeinsam unmissverständlich gegen rechtsextremes Gedankengut zu stellen und dem gesellschaftlichen Umfeld des Rechtsextremismus den Boden zu entziehen.

Die Verfassungsorgane in Deutschland, insbesondere auch die Strafverfolgungsor-

gane sowie die Gerichte, sind aufgefordert, rechtsextremistische Handlungen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln konsequent aufzuklären und zu verfolgen.

7. Anträge

Protokoll:

Anträge wurden nicht gestellt.

8. Mitteilungen

8.1. Gesetzliche Regelung des Belastungsausgleichs anlässlich der Elternbeitragsfreiheit im letzten Kindertagesbetreuungsjahr

Protokoll:

Dezernent Tillmann Lonnes teilte mit, dass der ursprünglich vorgesehene pauschale Landesausgleich von 19 % auf 17,5 % reduziert worden sei. Im Rhein-Kreis Neuss reiche dieser Anteil jedoch nicht aus, um die wegfallenden Elternbeiträge auszugleichen. Die fehlenden Mittel von 160.000-180.000€ seien bislang nicht etatisiert.

9. Anfragen

9.1. Anfrage der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 08.01.2012 zum Thema "Substitution von Heroinabhängigen mit Ersatzstoffen" Vorlage: IV/1606/XV/2012

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel dankte für die schnelle Antwort der Verwaltung. Man werde sich dies in Ruhe ansehen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass nicht gesagt werde, dass keine weitere Praxis eröffnet werde. Dies müsste im Einzelfall geprüft werden. Die derzeitige Situation decke, bis auf das Stadtgebiet Meerbusch, den Bedarf in etwa ab.

9.2. Servicecenter Jobcenter

Protokoll:

Aufgrund der aktuellen Berichterstattung erkundigte sich 1. stv. Landrat Dr. Hans-Ulrich Klose nach dem derzeitigen Sachstand hinsichtlich der Erreichbarkeit des Jobcenters.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass man in der Trägerversammlung beschlossen habe, für drei Jahre ein Servicecenter einzusetzen. Bei der Entscheidung handele es sich um eine Art Glaubensfrage, die unterschiedlich entschieden werde. Entscheidend sei, dass es funktioniere. Seit der Einführung, bei der es technische und personelle Probleme gab, habe sich einiges verbessert. Die Mitarbeiter der Sozial- und

Jugendämter hätten inzwischen die Durchwahlnummern der Sachbearbeiter. Man werde die Entwicklung aber weiter verfolgen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel teilte mit, dass seine Fraktion gegen das Servicecenter und gegen die Zentralisierung der Jobcenter sei. Es sei eine Katastrophe, dass die zugesicherte Erreichbarkeit von 80% nicht eingehalten werde.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer regte an, bestimmte telefonische Sprechzeiten einzurichten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzte, dass zumindest E-Mail Kontakt möglich sein müsste. Der Ablauf müsse dringend verbessert werden. Wenn dies in einer angemessen Zeit nicht geschieht, müsse über einen anderen Anbieter nachgedacht werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat

Annika Böhm
Schriftführung